

**SMBI.NRW.23723**

**Richtlinien  
über die Gewährung von Zuwendungen  
zur Förderung von Investitionsmaßnahmen  
an herausragenden Sportstätten  
(Sportstättenbauförderrichtlinien)**

RdErl. d. Innenministeriums v. 12.12.2008  
82 - 8712 Nr.323/2008

## 1 **Zuwendungszweck**

Das Land gewährt aus Mitteln der Sportstättenbauförderung nach Maßgabe dieser Richtlinien und der Verwaltungsvorschriften zu § 44 Landeshaushaltsordnung (LHO) Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen an herausragenden Sportstätten in Nordrhein-Westfalen. Ziel der Förderung ist es, eine bedarfsdeckende Sportstätteninfrastruktur für das Hochleistungstraining und/oder für Wettkämpfe bzw. Spitzensportveranstaltungen auf nationalem und internationalem Niveau und für Qualifizierung i.S.d. Ziffer 1.3 zu erreichen.

Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht, vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Zu den herausragenden Sportstätten gehören im Einzelnen:

- 1.1 Sportstätteninfrastruktur für den Hochleistungssport  
Dabei handelt es sich um Sportstätten der unterschiedlichen Typen und um begleitende sportfachlich notwendige Infrastruktur.
- 1.1.1 Sportstätten für den Hochleistungssport sind die Sportstätten in den Landesleistungszentren und die Haupttrainingsstätten der Landesleistungszentren im besonderen Landesinteresse - ggf. zugleich Bundesleistungszentren bzw. Bundesstützpunkte - sowie Schulsportanlagen bzw. -anlagenteile an Schulen im Verbundsystem „Schule und Leistungssport“, soweit sie für deren besondere Sportaktivitäten (u. a. Sportunterricht über die allgemeinen Unterrichtsvorgaben hinaus) benötigt und genutzt werden.
- 1.1.2 Als begleitende sportfachlich notwendige Infrastruktur gelten bei den in Ziffer 1.1 genannten Zentren und Stützpunkten u. a. Unterkünfte, Verpflegungseinrichtungen, Schulungs- und Aufenthaltsräume (z. B. in „Häusern des Sports“) sowie bei Schulen im Verbundsystem „Schule und Leistungssport“ die ihnen zugeordneten Internate.
- 1.2 Zuschauersportanlagen im besonderen Landesinteresse  
Dabei handelt es sich um Sportanlagen der unterschiedlichen Typen mit Zuschauerbauwerken, die wegen der regionalen oder nationalen bzw. internationalen Bedeutung ihrer Veranstaltungen mit besonderem Zuschauerinteresse vom zuständigen Ministerium als Zuschauersportanlagen im besonderen Landesinteresse anerkannt sind.
- 1.3 Sportschulen  
Dabei handelt es sich um die Sportstätten und sonstige sportschulspezifische Infrastruktur in Sportschulen, die in Trägerschaft des LandesSport-Bundes Nordrhein-Westfalen e.V. oder von Sportfachverbänden stehen und zur Qualifizierung Ehrenamtlicher für die Vereins- und Verbandsarbeit bzw. zur Qualifizierung von Übungsleiterinnen/-Leitern oder Trainerinnen/Trainern sowie zum Training der Leistungskader der Sportverbände und der Wettkampfvorbereitung bestimmt sind, darüber hinaus jedoch

sonstige sportliche Angebote machen können, wie z. B. Lehrerfortbildung, Sportfreizeiten, Gesundheitssport usw.

## **2 Gegenstand der Förderung**

2.1 Förderfähige Baumaßnahmen an Sportstätten im Sinne der Ziffer 1 sind

2.1.1 Neubaumaßnahmen

Als solche gelten

- a) die erstmalige Errichtung von Sportstätten und -teilen sowie baulichen Anlagen im Sinne des § 2 Abs. 1 Bauordnung NRW,
- b) die bauliche Erweiterung bestehender Sportstätten zur Schaffung zusätzlicher sportlich nutzbarer Flächen und Räume.

2.1.2 Umbau von bisher nicht sportlich genutzten Flächen und Räumen, sofern sie für sportliche Nutzungszwecke baulich umgestaltet bzw. hergerichtet werden.

2.1.3 Erwerb und ggf. bauliche Herrichtung von Sportstätten und sonstigen baulichen Anlagen zur sportlichen Nutzung.

2.1.4 Modernisierungsmaßnahmen

2.1.4.1 Als Modernisierungsmaßnahmen im Sinne dieser Richtlinien gelten bauliche Maßnahmen zur Verbesserung, notwendigen Änderung oder Erweiterung der sportlichen Nutzung, durch die

- a) der Gebrauchswert oder die Multifunktionalität der Sportstätte nachhaltig erhöht bzw. erreicht wird,
- b) die fachlichen Anforderungen von DIN/EN Normen bzw. anderen technischen Regelwerken erfüllt werden oder
- c) zwingenden Vorgaben nationaler/internationaler Verbände zur Aufrechterhaltung und/oder Verbesserung des Hochleistungstrainings sowie der Möglichkeiten für Wettkämpfe entsprochen wird.

2.1.4.2 Im Einzelnen fallen darunter u. a.

- a) notwendige bauliche Sicherheitsmaßnahmen zur Erfüllung staatlicher Sicherheitsvorschriften oder sonstiger zwingender allgemein anerkannter Sicherheitsvorgaben (wie z. B. technischer Regelwerke),
- b) Instandsetzungen, die durch Modernisierungsmaßnahmen verursacht werden (vgl. dazu § 3 Nr. 10 der HOAI),
- c) die Neubauten von Sportstätten (nach Ziffer 1) an anderen Standorten als Ersatzneubauten für bestehende modernisierungsbedürftige Sportstätten (Verlagerung) und
- d) der Wiederaufbau von Sportstätten (nach Ziffer 1) an gleichen Standorten (z. B. nach Schadensfällen) unter der Voraussetzung, dass Modernisierungsmaßnahmen in diesen Sportstätten im ursprünglichen Zustand nach Ziffer 2.1.4.1 förderfähig gewesen wären.

2.1.5 Instandsetzungsmaßnahmen an Hochleistungssportstätten nach Ziffer 1.1

- a) in Landesleistungsstützpunkten im besonderen Landesinteresse, die zugleich Bundesleistungszentren bzw. Bundesstützpunkte sind, unter Voraussetzung der Ziffer 4.3.6 und

b) in Landesleistungszentren.

2.1.6 Bauunterhaltungsmaßnahmen an den in Ziffer 1.1 genannten Zentren und Stützpunkten, die zugleich Bundesleistungszentren bzw. Bundesstützpunkte sind, sofern sie im jeweils geltenden Einzelplan des für den Sport zuständigen Ministeriums ausgewiesen sind, weil das Land in der Vergangenheit unter Voraussetzung der Ziffer 4.3.6 eine entsprechende Verpflichtung eingegangen ist.

2.2 Nicht förderfähige Maßnahmen sind Baumaßnahmen,

2.2.1 die ausschließlich der Erfüllung von Verkehrssicherungsverpflichtungen der Betreiber von Sportstätten dienen oder die ausschließlich durch neue oder angehobene staatliche Umweltstandards verursacht werden, insbesondere Maßnahmen zum Lärm- und Bodenschutz,

2.2.2 in Reitsportanlagen, deren mögliche Förderung im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen liegt,

2.2.3 in Luftsportanlagen, sofern diese der Infrastruktur und der Sicherheit des Luftverkehrs dienen und deren mögliche Förderung im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen liegt.

### **3 Zuwendungsempfänger**

Zuwendungsempfänger im Sinne dieser Richtlinien sind

3.1 Gemeinden und Gemeindeverbände,

3.2 gemeinnützige Sportorganisationen,

3.3 sonstige juristische Personen des öffentlichen oder privaten Rechts sowie natürliche Personen.

### **4 Zuwendungsvoraussetzungen**

4.1 Grundlegende Voraussetzungen

a) Nachweis der Notwendigkeit der Baumaßnahme,

b) Nachweis der ausreichenden und langfristigen Auslastung für den zu fördernden Zweck nach Ziffer 1,

c) befürwortende und begründende Stellungnahme des zuständigen Sportfachverbandes bzw. des LandesSportBundes Nordrhein-Westfalen e.V.

4.2 Typspezifische Voraussetzungen

4.2.1 bei Hochleistungssportstätten nach Ziffer 1.1:

Anerkennung des Status als Landesleistungszentrum durch den LandesSportBund Nordrhein-Westfalen e.V. bzw. als Landesleistungsstützpunkt im besonderen Landesinteresse durch das zuständige Ministerium.

- 4.2.2 bei Zuschauersportanlagen nach Ziffer 1.2:
- a) befürwortendes und begründendes Votum des zuständigen Sportfachverbandes zu Standort und Dimensionierung der Sportanlage sowie des Zuschauerbauwerks,
  - b) Nachweis des Antragstellers zur Zahl der regelmäßig stattfindenden bzw. geplanten Sportveranstaltungen im Rahmen des sportartspezifischen nationalen Wettkampfsystems bzw. zur Anzahl geplanter bzw. stattgefundener internationaler Wettkämpfe oder sonstiger erwarteter Sportgroßveranstaltungen mit ggf. erfahrungsgestützter Schätzung von potentiellen Zuschauerzahlen.
- 4.3 Weitere Voraussetzungen
- 4.3.1 Einhaltung der sportfachlich erforderlichen baulichen Anforderungen  
Für alle Sportstättentypen gelten grundsätzlich die baulichen Anforderungen, die nach DIN/EN Normen oder anderen technischen Regelwerken insbesondere der Sportfachverbände zwingend vorgeschrieben sind, bzw. die Anforderungen, die aufgrund der vorgesehenen sportlichen Nutzung erforderlich sind.
- 4.3.2 Einhaltung immissions-, naturschutzrechtlicher und sonstiger Rechtsvorschriften  
Sie ist bei der vorgesehenen und erforderlichen Auslastung von Sportstätten und sonstigen Einrichtungen nach Ziffer 1 durch den Betreiber zu gewährleisten und ggf. gutachtlich nachzuweisen.
- 4.3.3 Einhaltung von Mindestnutzungsfristen bei Modernisierungsmaßnahmen  
Modernisierungsmaßnahmen nach Ziffer 2.1.4 an Sportstätten nach Ziffer 1 sind grundsätzlich nach Ablauf einer Nutzungszeit von 15 Jahren (erneut) zuwendungsfähig. Abweichend hiervon können kürzere Mindestnutzungsfristen als ausreichend anerkannt werden, sofern Baumaßnahmen am gegebenen Standort wegen unabweisbarer Notwendigkeit zur Änderung oder Erweiterung der bisherigen sportlichen Nutzung von Sportstätten nach Nr. 1.1 oder wegen zwingender Vorgaben nationaler/internationaler Sportverbände zu räumlichen/technischen Bedingungen für Hochleistungstraining und/oder Wettkämpfe erforderlich werden. Dies gilt auch im Falle geänderter staatlicher Sicherheitsvorschriften (z. B. zum Brandschutz) bzw. allgemein anerkannter technischer Regelwerke zur Sicherheit des Hochleistungstrainings und/oder der Wettkämpfe.
- 4.3.4 Keine überwiegend kommerzielle Nutzung der zu fördernden Maßnahme  
Sofern Baumaßnahmen oder Teile davon ausschließlich oder überwiegend zu wirtschaftlichen Zwecken erfolgen und die Sportstätte nach Nr. 1.1 mit mehr als der Hälfte ihrer Gesamtnutzung zu den am Markt üblichen Konditionen wirtschaftlich genutzt werden soll, ist eine Förderung ausgeschlossen. Dies gilt auch für den Fall, dass der Betreiber der Sportstätte tatsächlich keine Gewinne erzielt. Hiervon unberührt sind Einnahmen von Dritten, die nicht der Gewinnerzielung, sondern zur Deckung der Betriebskosten dienen (z. B. Nutzungsentgelte).

Abweichend von Satz 1 kann eine Förderung erfolgen, wenn die Baumaßnahme von außerordentlichem Landesinteresse und anders nicht zu realisieren ist.

- 4.3.5 **Bereitstellung komplementärer kommunaler Mittel**  
Sofern die zu fördernde Maßnahme an Sportstätten nach Ziffer 1 auch der Deckung des Schulsport- und/oder des allgemeinen Sportstättenbedarfs in der Kommune dienen soll, ist - unabhängig von dem von einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband als Antragsteller/in zu erbringenden Eigenanteil (s. Ziffer 5.4.3) - für eine anteilige Förderung aus Sportstättenbaumitteln eine angemessene Beteiligung der Kommune an den zuwendungsfähigen Kosten erforderlich.
- 4.3.6 **Bereitstellung von komplementären Bundesmitteln**  
In Fällen der Ziffer 2.1.5 und 2.1.6 ist für eine anteilige Förderung aus Sportstättenbaumitteln eine angemessene Beteiligung des Bundes an den zuwendungsfähigen Kosten erforderlich.
- 4.3.7 **Beteiligung Dritter**  
Sofern der zu fördernde Zweck auch im Interesse von Dritten liegt, ist eine angemessene Beteiligung an den zuwendungsfähigen Kosten Voraussetzung für eine anteilige Förderung aus Sportstättenbaumitteln.

## **5 Art und Umfang, Höhe der Zuwendung**

- 5.1 **Zuwendungsart**  
Die Zuwendung wird im Rahmen der Projektförderung gewährt.
- 5.2 **Finanzierungsart**  
Die Zuwendung wird zur Teilfinanzierung (Anteilfinanzierung) des zu erfüllenden Zwecks bewilligt, und zwar nach einem bestimmten Vomhundertsatz der zuwendungsfähigen Ausgaben unter Begrenzung auf einen Höchstbetrag.
- 5.3 **Form der Zuwendung**  
Die Zuwendung wird in der Form eines zweckgebundenen Zuschusses/einer zweckgebundenen Zuweisung gewährt.

#### 5.4 Berechnung der Bemessungsgrundlage

Auf Grundlage der voraussichtlichen angemessenen Ist-Ausgaben der Zuwendungsempfängerin oder des Zuwendungsempfängers (ggf. unter Abzug voraussichtlicher Ist-Einnahmen) für Baumaßnahmen werden die angemessenen Ausgaben für die beabsichtigte Baumaßnahme ermittelt. Soweit diese nach Art und Umfang den Zweck nach Ziff. 1 dient, werden die darauf bezogenen angemessenen Ausgaben als zuwendungsfähige Ausgaben bewertet und als Bemessungsgrundlage festgesetzt. Bei Mischnutzungen (z. B. Hochleistungssport und Nutzung für allgemeinen Sport) wird die Bemessungsgrundlage entsprechend dem Anteil der zweckentsprechenden Nutzung nach Ziffer 1 an der Gesamtnutzung mit dem sich daraus ergebenden Vomhundertsatz der zuwendungsfähigen Kosten ggf. unter Begrenzung auf einen Höchstbetrag festgesetzt.

##### 5.4.1 Zuwendungsfähige Ausgaben

###### 5.4.1.1 Allgemeine Regelungen

- a) Zuwendungsfähig sind die tatsächlich zu erwartenden angemessenen Ausgaben. Hierzu zählen grundsätzlich auch die Ausgaben, die aus Gründen der Nachhaltigkeit, zur Umsetzung behindertengerechter Maßnahmen oder zur Verwirklichung mädchen- und frauengerechten Sportstättenbaus notwendig sind.
- b) Bei Hochbaumaßnahmen sind die Ausgaben entsprechend der Kostengruppen 300 bis 499 und 700 bis 749 der DIN 276 zuwendungsfähig, bei Ersteinrichtung einer Sportstätte auch Ausgaben entsprechend der Kostengruppen 611, 612 und 619 der DIN 276. Soweit sportfachlich erforderlich, werden auch die Ausgaben entsprechend der Kostengruppen 521 bis 523, 525 bis 559 und 590 der DIN 276 als zuwendungsfähig gewertet.
- c) Bei übrigen Baumaßnahmen werden die zuwendungsfähigen Ausgaben entsprechend Buchstabe b) in analoger Anwendung der DIN 276 festgesetzt.
- d) Bürgerschaftliches Engagement kann entsprechend Nr. 2.4.2 VV bzw. 2.3.2 VVG zu § 44 LHO in der Form freiwilliger und unentgeltlicher Arbeit als fiktive Ausgabe in die Bemessungsgrundlage einbezogen werden.  
Dafür gelten folgende Vorgaben:  
Pro geleisteter Arbeitsstunde können bis zu 15 € angesetzt werden. Bei Arbeitsleistungen, die eine besondere fachliche Qualifikation erfordern, kann das zuständige Ministerium im Einzelfall einen höheren Betrag anerkennen. Die als bürgerschaftliches Engagement zu berücksichtigenden Arbeitsleistungen dürfen nicht in Erfüllung einer Verpflichtung aus einem Beschäftigungsverhältnis oder einer organschaftlichen Stellung bei der Zuwendungsempfängerin oder dem Zuwendungsempfänger erbracht werden.  
Die Höhe der fiktiven Ausgaben für bürgerschaftliches Engagement darf 15 v.H. der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben nicht über-

schreiten. Die geleisteten Arbeitsstunden sind durch einfache vom Leistungserbringer unterschriebene Stundennachweise zu belegen. Diese müssen Namen, Datum, Dauer und Art der Leistung beinhalten und sind von einem Vertreter/einer Vertreterin des Zuwendungsempfängers im Antrag und Verwendungsnachweis gegenzuzeichnen.

- e) Zu den zuwendungsfähigen Ausgaben zählt nicht die nach § 15 Umsatzsteuergesetz abziehbare Vorsteuer.
- 5.4.1.2 Besondere Regelungen für zuwendungsfähige Ausgaben beim Erwerb von Sportstätten nach Ziffer 1
- Beim Erwerb von Sportstätten ist der Zeitwert der Sportanlage, der durch ein entsprechendes Wertgutachten zu ermitteln ist, angemessen zu berücksichtigen. Bei Festsetzung der Bemessungsgrundlage sind Kosten des Kaufs und der Herrichtung für sportliche Nutzungen zuwendungsfähig, sofern insgesamt die Kosten für eine entsprechende Neubaumaßnahme nicht überschritten werden. Die Kostengruppen 100 und 200 der DIN 276 sind nicht zuwendungsfähig. Die Landesförderung darf die Zuwendung, die im Falle einer entsprechenden Neubaumaßnahme möglich wäre, nicht überschreiten.
- 5.4.2 Zu berücksichtigende Einnahmen
- 5.4.2.1 Zweckgebundene Spenden - auch Sachspenden - sind entsprechend den Nrn. 2.4.3 VV bzw. 2.3.3 VVG zu § 44 LHO grundsätzlich als Einnahmen zu berücksichtigen. Bei der Bemessung der Zuwendung können sie außer Betracht bleiben, soweit der Zuwendungsempfängerin oder dem Zuwendungsempfänger ein aus eigenen Mitteln zu erbringender Eigenanteil i.H. v. 10 v.H. der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben verbleibt und Bundes- oder EU-Recht nicht entgegensteht.
- 5.4.2.2 Im Falle des Ersatzneubaus und Wiederaufbaus sind der Verkehrswert der bestehenden Sportstätte (abzgl. des Bodenwertes) bzw. Verkaufserlöse oder Entschädigungs-/Versicherungsleistungen Dritter als Einnahmen zu berücksichtigen.
- 5.4.3 Fördersätze
- 5.4.3.1 Der Fördersatz beträgt bei kommunalen Zuwendungsempfängern (Ziffer 3.1) 70 v.H. der Bemessungsgrundlage (Regelfördersatz). Bei Gemeinden, die nach § 76 Abs. 1 GO NRW verpflichtet sind, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wird ein Zuschlag von 10 Prozentpunkten vorgenommen.
- 5.4.3.2 Bei sonstigen Zuwendungsempfängern nach Ziffern 3.2 und 3.3 beträgt der Regelfördersatz 70 v.H. der Bemessungsgrundlage.
- 5.4.3.3 In Abhängigkeit von einer möglichen Beteiligung des Bundes, anderer Zuwendungsgeber bzw. Dritter oder vom Grad des Landesinteresses können abweichende Fördersätze bzw. eine maximale Fördersumme festgesetzt werden.

- 5.4.3.4 Der Förderhöchstsatz beträgt 80 v.H.  
Das zuständige Ministerium kann in besonders gelagerten Einzelfällen im Einvernehmen mit dem Finanzministerium Überschreitungen bis zu 90 v.H. zulassen.
- 5.4.4 Höhe der Zuwendung
- 5.4.4.1 Die Summe von Zuwendungen öffentlicher Stellen und Leistungen Dritter (zweckgebundene Spenden, Versicherungsleistungen, Verkaufserlöse u. ä.) darf grundsätzlich die zuwendungsfähigen Ausgaben nicht überschreiten.
- 5.4.4.2 Zuwendungen werden gemäß Nr. 1 VV bzw. VVG zu § 44 LHO nur gewährt, wenn sie
- a) im Falle nicht kommunaler Zuwendungsempfänger mehr als 2.000 EUR,
  - b) im Falle kommunaler Zuwendungsempfänger mehr als 12.500 EUR
- betragen (Bagatellgrenzen).

## **6 Sonstige Zuwendungsbestimmungen**

- 6.1 Dauer der Zweckbindung  
Die Förderung erfolgt unter der Bedingung, dass die geförderte Sportstätte bzw. die geförderten Sportstättenteile für die Dauer von 15 Jahren zweckentsprechend nach Ziffer 1 genutzt werden. Abweichend hiervon können vom zuständigen Ministerium kürzere Zweckbindungsfristen festgesetzt werden, soweit diese wegen der Weiterentwicklung technischer Standards für Hochleistungstraining und/oder Wettkämpfe erforderlich werden. Die Mindestzweckbindungsdauer dafür beträgt 5 Jahre. Soweit die zweckentsprechende Nutzung von Sportstätten nach Ziffer 1.1 während der Zweckbindungsfrist aus Gründen, die der Zuwendungsempfänger nicht zu vertreten hat, nicht mehr möglich ist, kann das zuständige Ministerium nachträglich eine kürzere Zweckbindungsfrist festsetzen.
- 6.2 Dingliche Sicherung  
Bei einer Zuwendung von mehr als 500.000 EUR ist bei Bewilligungen an nicht kommunale Zuwendungsempfänger gemäß Nr. 5.3.1 VV zu § 44 LHO der Rückzahlungsanspruch durch Eintragung einer brieflosen Grundschuld in Höhe der Zuwendung an bereitester Stelle im Grundbuch zugunsten des Landes Nordrhein-Westfalen zu sichern. Hiervon ist abzusehen, wenn im Bankenverfahren ein Kreditinstitut das volle Obligo übernimmt.
- 6.3 Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung
- 6.3.1 Ermäßigen sich nach der Bewilligung die in dem Finanzierungsplan veranschlagten Gesamtausgaben für den Zuwendungszweck, erhöhen sich die

Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigt sich die Zuwendung anteilig entsprechend dem festgesetzten Fördersatz.

- 6.3.2 Abweichend hiervon ermäßigt sich die Zuwendung bei nachträglichen Ausgabeermäßigungen in Fällen, in denen eine Begrenzung des Höchstbetrages unterhalb des nach Ziffer 5.4.3 festgesetzten Fördersatzes erfolgt ist, erst bei Überschreitung dieses Fördersatzes.

## 7 Verfahren

### 7.1 Antragsverfahren

Anträge auf Gewährung einer Zuwendung sind entsprechend dem vorgeschriebenen Antragsmuster der **Anlage 1**<sup>1</sup> in dreifacher Ausfertigung zu stellen. Antragsvordrucke sind bei den Bezirksregierungen oder im Internet kostenlos erhältlich.

Antragsteller richten ihre Anträge unmittelbar an die örtlich zuständige Bezirksregierung. Dem Antrag sind die nach diesen Richtlinien und den Nrn. 3.1 und 3.2 VV bzw. VVG zu § 44 LHO erforderlichen Unterlagen beizufügen.

### 7.2 Bewilligungsverfahren

Die Förderentscheidungen werden vom zuständigen Ministerium getroffen. Bewilligungsbehörde ist die örtlich zuständige Bezirksregierung. Die Förderung von Projekten der Gemeinden und Gemeindeverbände, die nach § 76 Abs. 1 GO NRW verpflichtet sind, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, bedarf der Zustimmung der oberen Kommunalaufsichtsbehörde. Dem Zuwendungsbescheid ist das Muster der **Anlage 2**<sup>2</sup> zugrunde zu legen.

### 7.3 Anforderungs- und Auszahlungsverfahren

Die Auszahlung erfolgt entsprechend Nr. 7 VV bzw. VVG zu § 44 LHO.

### 7.4 Verwendungsnachweisverfahren

Der Verwendungsnachweis ist innerhalb der in Nr. 6.1 ANBest-P bzw. Nr. 7.1 ANBest-G genannten Frist zu erbringen. Dem Sachbericht und zahlenmäßigen Nachweis ist das Muster der **Anlage 3**<sup>3</sup> zugrunde zu legen. Nach Nr. 7.3 ANBest-P bzw. Nr. 8.2 ANBest-G ist der Landesrechnungshof berechtigt, bei dem Zuwendungsempfänger oder der Zuwendungsempfängerin zu prüfen.

## 8 Inkrafttreten

Die Richtlinien treten am 01.01.2009 in Kraft. Sie treten mit Ablauf des 31.12.2013 außer Kraft.

<sup>1</sup> Internetadresse; <http://www.im.nrw.de/spo/36.htm#>

<sup>2</sup> Internetadresse; <http://www.im.nrw.de/spo/36.htm#>

<sup>3</sup> Internetadresse; <http://www.im.nrw.de/spo/36.htm#>